

Offener Brief

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse,

Sie haben sich heute mit der „Frankfurter Erklärung“ an die Kolleginnen und Kollegen in den Zeitungsredaktionen gewandt und anlässlich der Debatte über die Rolle öffentlich-rechtlicher Online-Angebote einige Fragen gestellt. Ich möchte mich für Ihren Vorstoß bedanken und als Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger gern dazu äußern.

Zunächst liegt mir daran, ein Missverständnis aufzuklären: Sie schreiben im ersten Satz „Wir fühlen uns diskreditiert.“ Genau darum geht es uns Zeitungsverlegern nicht. Im Gegenteil: Immer wieder betonen wir in Interviews, Reden oder Beiträgen, welche wichtige Rolle das öffentlich-rechtliche Fernsehen für den Qualitätsjournalismus in Deutschland spielt, wie sehr wir das duale System bejahen und erhalten möchten und vor allem, wie groß unser Respekt vor den Leistungen der Journalistinnen und Journalisten von ARD und ZDF ist. Das sind keine Lippenbekenntnisse, sondern tiefe Überzeugungen.

Aber gerade weil wir die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Balance des dualen Systems in Deutschland so erhaltenswert finden, machen wir uns große Sorgen um die strategische Ausrichtung der ARD, die von den meisten Intendanten und einigen Politikern seit vielen Jahren konsequent verfolgt wird. Das ZDF ist von dieser Kritik ausdrücklich auszunehmen. Und selbstverständlich sind mit dieser Kritik auch nicht die Journalistinnen und Journalisten von ARD und ZDF gemeint.

Worum es im Kern geht: Sowohl Fernseh- als auch Zeitungsangebote müssen sich digitalisieren, da lineares Fernsehen, so wie wir es heute kennen, und Zeitungsjournalismus auf Papier in ihrer Reichweite, gesellschaftlichen Bedeutung und wirtschaftlichen Kraft dramatisch rückläufig sind und in einigen Jahren eine zu vernachlässigende Rolle spielen werden. Die Zukunft liegt im Online-Journalismus. Es spricht nichts dagegen, wenn sich öffentlich-rechtliche Fernsehsender wie das ZDF in ihren Bewegtbild- und Audioangeboten konsequent digitalisieren. Es spricht aber sehr viel dagegen, wenn das Internet dazu benutzt wird, aus ehemaligen Rundfunk- und Fernsehanbietern primär Textanbieter, also Zeitungsverlage, im Internet zu machen. Das ist deshalb so problematisch, weil die gebührenfinanzierte ARD es mit ihren extrem umfangreichen regionalen und vermehrt lokalen Nachrichtenangeboten jedem Zeitungsverleger sehr schwer macht, für seine digitalen Angebote Abo-Gebühren zu erheben. Denn das gefühlt kostenlose Angebot der ARD-Sender stünde sonst neben einem zu bezahlenden Angebot der Zeitungsverlage. Warum sollte sich eine Leserin oder ein Leser für ein solches Bezahlangebot entscheiden?

Für die privaten Zeitungsverlage, die ebenso wie die öffentlich-rechtlichen Sender einen wichtigen Beitrag zur journalistischen Vielfalt und Qualität leisten, ist es aber unverzichtbar neben Werbeerlösen auch Erlöse aus digitalen Abonnements zu erzielen. Online-Journalismus ist andernfalls langfristig nicht zu refinanzieren. Das ist keine These, der Beweis ist seit zwanzig Jahren durch überwiegend nicht profitable

Online-Angebote der Verlage erbracht. Wenn kein nachhaltig erfolgreiches digitales Geschäftsmodell etabliert werden kann, wäre bei weiter rückläufigem Printgeschäft ein Verlagssterben, eine Reduzierung der Vielfalt die Folge. Wenn dann irgendwann quasi nur noch öffentlich-rechtliche Online-Zeitungsangebote zur Verfügung stünden, dann und nur dann würde eine Art „Staatspresse“ entstehen, ein Monopol, das von zentral erhobenen Gebühren lebte und unter der Aufsicht von Politikern aller Parteien stünde. Dieses Konjunktiv-Szenario als Vorwurf miss zu verstehen, die Journalisten der ARD seien „Staatspresse“, ist böswillig. Gemeint war es so nie.

Ihr Plädoyer dafür, dass „wir als verantwortungsvolle JournalistenInnen in diesen Zeiten“ gegen „Fake News und populistische Parolen zusammenhalten sollten“, kann ich nur unterstützen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass öffentlich-rechtliche Sender und private Verlage eine wirtschaftliche Überlebensperspektive in der digitalen Welt haben. Die ARD hat diese Perspektive durch Gebühren. Sie sollte diese nicht missbrauchen, indem sie durch grenzenlose Textangebote den Verlagen die wirtschaftliche Grundlage entzieht.

Seit sieben Jahren verhandeln die deutschen Zeitungsverlage mit der ARD. Außer inhaltlichen Hoffnungen hat es seither von der ARD keinerlei Entgegenkommen gegeben. Im Gegenteil, die einzige bisher definierte Einschränkung, dass Textangebote im Internet einen Sendungsbezug haben müssen, sollte in einer Überarbeitung des Rundfunkstaatsvertrags nun auch noch entfallen. Soweit darf es auf keinen Fall kommen. Dringend erforderlich ist, dass der Gesetzgeber hier endlich für Klarheit sorgt.

Unsere Forderung ist ganz einfach: Die Online-Angebote der ARD sollten so aussehen wie die des ZDF. Das heißt: im Wesentlichen auf Video und Audio-Angeboten basierend, der Textanteil deutlich unter 30 Prozent. Die ARD lehnt dies ab und gefährdet damit die Arbeitsplätze tausender Journalistinnen und Journalisten von Zeitungen in Deutschland. Dies können und werden wir nicht hinnehmen, sondern mit allen juristischen und argumentativen Mitteln dagegen kämpfen. Vielleicht können Sie, liebe Journalistinnen und Journalisten, aus Solidarität zu Ihren Kolleginnen und Kollegen auch das Gespräch mit Ihren Intendanten suchen. Sich auf die Modernisierung von Video- und Audioangeboten zu konzentrieren, wäre auch strategisch für die ARD viel sinnvoller, denn ihre wahren Wettbewerber sind eher Netflix, Youtube und Facebook als die „FAZ“ und die „Süddeutsche Zeitung“.

Dies ist kein Populismus, sondern ein existenzieller Kampf um Geschäftsgrundlagen und journalistische Vielfalt und Qualitätssicherung.

Danke, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, Ihnen unsere Position noch einmal zu erläutern und auf diesem Wege einige Missverständnisse auszuräumen. Gerne bin ich bereit, diesen Dialog auch mit Ihnen persönlich und öffentlich fortzusetzen. Es geht um viel.

Mit herzlichen Grüßen

Mathias Döpfner